

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 89.

Dresden, Mittwoch den 19. April 1911.

22. Jahrg.

Kriegerische Rätsel.

Der k. k. preussische Kriegsminister hat sich in die anglo-amerikanische Zukunftsvision eingelassen, wie er sich einen künftigen Krieg zu Lande vorstellt, so würde er höchstwahrscheinlich mit den Achsen jüden und antworten, daß hier die Schwierigkeiten im unklaren seien.

Künftighin wird die Lösung dieser Frage immer schwieriger. Und zwar wird sie dies nicht nur durch die moderne Bewehrung und die ständige Zunahme der Massen, die vorwiegend aufgezogen werden; es tauchen vielmehr auch Probleme auf, an die man früher nur wenig oder gar nicht dachte. Hierzu gehört auch die immer schwieriger werdende Unterscheidung von Feind und Freund.

Bisher war diese Unterscheidung bekanntlich im allgemeinen nicht schwer, weil die Uniformen der einzelnen Völker verschieden waren. Es kamen allerdings auch in früheren Kriegen Verwechslungen vor, aber sie zogen selten schlimme Wirkungen nach sich. Künftig aber wird die Verwechslung mit nicht unbeträchtlichen Folgen oft geschehen können.

Die moderne Feuerwirkung hat mit den bisherigen Uniformen gründlich aufgeräumt, als sie im Kriege zu verwenden sind. Es genügt nicht mehr, daß Mann für Mann jede Deckung sorgfältig ausnutzt; nein, sie müssen so gekleidet werden, daß sie sich dem Terrain möglichst anpassen. Es muß also hier die Natur imitiert werden, die eine Reihe von Tieren in Farben hält, die sie dem Boden, der Pflanzen fast gleich erscheinen lassen.

Nach langen und vielen Experimenten wurde das Resultat erzielt, daß die graue und die graugrüne Farbe die Truppen in Terrain unsichtbar macht. Infolgedessen ist es nicht mehr möglich, in einem europäischen Zukunftskriege alle daran zu denken, in entsprechenden Uniformen zu erscheinen. Damit wird aber die Möglichkeit, den Feind von eigenen Truppen zu unterscheiden, sehr reduziert. Bei strategischen Bewegungen ist die Gefahr weniger, weil hier meistens schon die Richtung, in der der Marsch erfolgt, Aufschluß darüber gibt, welcher Partei die Marschierenden angehört. Außerdem trägt eine gute Führung dafür Sorge, daß große Marschkolonnen, die einem Verband angehören, nicht auseinander in Führung bleiben. Aber auf dem Schlachtfeld sind Verwechslungen kaum mehr zu vermeiden. Und lediglich auf die Umstände wird es ankommen, wie sich die schwereren Konsequenzen, wie die Wegnahme von Gefangenen usw., zur Folge haben. Es ist z. B. anzunehmen, daß eine Truppe, die eine Ortskassenkasse in einer feindlichen Abtheilung, die die Ortskassenkassen auf der Seite ausgraben will, einen Truppenteil der feindlichen Armee sieht, der den gegnerischen Angriff in der Hand hat, und die Wahrheit erst spät erkennt.

Wie dunkler gestalten die Verhältnisse sich in bezug auf Erkennbarkeit der Luftschiffe und Flugzeuge. Hier ist nicht einmal aus der Fahrtrichtung ein Aufschluß auf die Zugehörigkeit des Luftschiffes usw. möglich. Und weitgehende Unterscheidungsmerkmale sind durch eine besondere Farbe der Schiffe und Flugzeuge, die auch nicht empfehlenswert, weil jeder Teil der feindlichen Erkennbarkeit der Luftschiffe usw. Vorteile bringt. Es wird keine Kleinigkeit sein, wenn über ruhenden Luftfahrzeugen Abteilungen Luftfahrzeuge fliegen und Truppen dabei im Zweifel sind, ob über ihnen Feind oder Freund fliehet.

Der Umstand, daß die Zugehörigkeit der Luftschiffe und Flugzeuge nicht schnell festzustellen sein wird, müßte zu Verwechslungen führen, und gar manches Luftschiff würde von Geschossen der eigenen Armee vernichtet werden.

Wir haben hier zwei militärische Fragen aufgeworfen, die es vorläufig gar keine Lösungen gibt. Und solcher Art gibt es noch mehr. Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn der Fortschritt in der Kriegstechnik schließlich den Krieg unmöglich macht.

Sozialdemokratische Verwaltung in den Ortskrankenkassen.

In diesem Augenblick, wo sich die Verleumder-Reute an den letzten Ansturm gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen mit ihrem Geheul über die sozialdemokratische Verwaltung in den Kassen zu setzen angehebt, einmal eingehend zu untersuchen, wie die Ortskrankenkassen unter sozialdemokratischer Verwaltung stehen. Die amtliche Statistik ist allerdings so ungenügend, daß sie kein annähernd zutreffendes Bild gibt, nur an einigen Beispielen zeigen, wie sich die

Rassen, trotz der großen Zerspaltung und trotz der einer Erweiterung der Leistungen sehr hinderlichen gesetzlichen Bestimmungen seit 1885 geradezu glänzend entwickelt haben.

Das Gesetz unterscheidet bekanntlich zwischen Leistungen, die die Rassen unter allen Umständen einhalten müssen, und Mehrleistungen, die die Rassen freiwillig gewähren können. An dem Umfang der Mehrleistungen könnte man die Vorteile der Selbstverwaltung der Krankenkassen erkennen. Leider vermag aber gerade hier die amtliche Statistik gänzlich. Nur einige nebensächliche Dinge können festgestellt werden.

Soweit zunächst das Krankengeld in Betracht kommt, stieg bei allen Rassen der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsbetrag von 5,58 M. im Jahre 1885 auf 10,74 M. im Jahre 1909. An dieser Zunahme sind die Ortskrankenkassen, die weit mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen umfassen, am hervorragendsten beteiligt. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt vor, daß das Krankengeld vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an gewährt werden soll. Es ist indes den Rassen freigestellt, diese Wartezeit abzuschaffen. Im Jahre 1909 hatten 1605 Ortskrankenkassen, das ist mehr als der dritte Teil aller Ortskassen, die Karenzzeit ganz oder zum Teil beseitigt. 749 Ortskrankenkassen bezahlten das Krankengeld auch Sonntags.

Die Krankheitskosten bei sämtlichen Rassen liegen von 47 Mill. M. im Jahre 1885 auf 305 Mill. M. im Jahre 1909. Bei den Ortskrankenkassen allein stiegen diese Aufwendungen von 14 auf 157 Mill. M. oder etwa um das elffache, bei den Betriebskrankenkassen von 17 auf 98 Mill. M. oder etwa um das fünffache, bei den Gemeindekrankenversicherungen von 4 auf 21 Mill. M. oder ebenfalls nur um das fünffache.

Unter den Gemeindekrankenversicherungen, die bekanntlich überhaupt keine Selbstverwaltung haben, war im Jahre 1909 keine einzige, die ihre Krankenerstattung über die Dauer von 26 Wochen hinaus ausgedehnt hatte. Von den Innungskrankenkassen, bei denen die Arbeiter ebenfalls nichts zu sagen haben, gewährten nur 15 eine über 26 Wochen hinausgehende Unterstützung. Unter den Ortskrankenkassen gab es 55, die über 26 bis 39 Wochen, 50, die über 39 bis 52 Wochen und 1, die über 52 Wochen Unterstützung gewährte.

Von 1888 bis 1909 stieg die Zahl der Rassen, die mehr als die Hälfte, und zwar bis zu zwei Dritteln des Lohnes als Krankengeld gewähren, von 705 auf 2070 oder um 193,6 Proz., und der mehr als zwei Drittel gewährenden Rassen von 265 auf 455 oder um 71,7 Proz. Im Jahre 1909 gewährten von den 824 Gemeindekrankenversicherungen nur 11 oder 0,1 Proz. ein über die Hälfte des Lohnes (bei diesen noch dazu des „ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner“) hinausgehendes Krankengeld. Bei den 4775 Ortskrankenkassen waren es indes 796 oder 16,7 Proz.

Die verhältnismäßige Zahl der Erkrankungsfälle ist bei den Betriebskrankenkassen eine größere; das ist auf die häufigeren Unfälle und die mit dem Großbetriebe verbundenen erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter zurückzuführen. Die durchschnittliche Dauer der Unterstützung mit Krankengeld ist aber bei den Ortskrankenkassen ständig länger gewesen, und zwar am längsten unter allen Rassenarten. Sie betrug im Jahre 1909 bei den Betriebskrankenkassen 19,1, bei den Ortskrankenkassen aber 21,3 Tage.

Die Ausgaben für Schwangere und Wöchnerinnen sind bei den Ortskrankenkassen 2 936 499 M. im Jahre 1905 auf 4 187 322 M. im Jahre 1909 oder um 42,6 Proz., bei den Betriebskrankenkassen indes nur von 1 562 126 M. auf 1 848 956 M. oder um 18,4 Proz. gestiegen. Für diese Unterstützung gewährten 1909 pro Mitglied die Ortskrankenkassen 64 Pf., Betriebskrankenkassen 59 Pf., Innungskrankenkassen 14 Pf. und Gemeindekrankenversicherungen gar nichts. Auch hier stehen die Ortskrankenkassen obenan, namentlich da sie vielfach statutarisch die Schwangerenfürsorge eingeführt haben, worüber aber auch die Statistik keine Auskunft gibt.

An Fürsorgeleistungen für Genesende nach Beendigung der Krankenunterstützung — auch eine Mehrleistung — wendeten 1909 die Ortskrankenkassen 156 837 M., die Betriebskrankenkassen aber nur 45 931 M. auf.

Hinsichtlich der wichtigsten Mehrleistung, der unentgeltlichen Gewährung ärztlicher Behandlung und Heilmittel an die Familienangehörigen der Rassenmitglieder läßt uns die Statistik gänzlich im Stich. Sie sagt nicht, von wieviel Rassen diese Fürsorge eingeführt ist, sondern gibt nur an, wieviel Rassen hierfür Zusatzbeiträge nach § 6a Abs. 1 Ziffer 5 des Krankenversicherungsgesetzes erheben. Das läßt aber nur einen unzulänglichen Rückschluß auf die Zahl der Rassen, die die Mehrleistung gewähren, zu. Die Ortskrankenkassen, die in sehr großer Zahl die Fürsorge eingeführt haben, gewähren sie meist allgemein, also ohne Erhebung von Zusatzbeiträgen. Am jämmerlichsten stehen auch hier wieder die Gemeindekrankenversicherungen da. Sie haben 1909 nur 10 605 M. solcher Beiträge erhoben. Damit ist aber auch die ganze Familienunterstützung dieser Versicherungen erschöpft, denn nach § 9 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes muß diese Rassenart für solche Unterstützungen Zusatzbeiträge erheben.

Die Zahlen zeigen, daß die Arbeiter ihren Aufgaben und

Pflichten innerhalb der Rassenverbände vollkommen gerecht geworden sind. Würde für die Betriebsunternehmer nicht die Möglichkeit bestehen, ohne weiteres aus einer Ortskrankenkasse auszutreten (wenn ihm dort die Beiträge zu hoch erscheinen) und eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, so würde noch manche Ortskrankenkasse in der Lage gewesen sein, ihre Beiträge zu erhöhen. Sollte bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wirklich nur das Interesse der Versicherten maßgebend sein, so müßte das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter nicht nur aufrechterhalten, sondern erweitert werden.

Deutsches Reich.

Die neuesten „Lücken“ in der Heeresorganisation.

Die Forderung der in der neuen Militärvorlage bewilligten Maschinengewehr-Kompagnien ist u. a. auch damit begründet worden, daß jede Infanterie-Brigade eine solche haben müsse. Die neuen Kompagnien sind nun als 13. Kompagnie je einem Regiment angegliedert worden und die deutsche Armee hat nun Regimenter zu 13, zu 12 und 8 Kompagnien. Damit hat die Heeresverwaltung die angeblich bestrebt ist, Lücken zu schließen, in Wirklichkeit wieder neue Lücken geschaffen, und sie wird das eifrige Bestreben haben, sobald als irgend möglich die Lücken wieder zu schließen und gleichzeitig wieder neue zu schaffen. Die neuen Kompagnien sind zudem nicht einmal gleichmäßig verteilt worden, denn das Garde- und das 16. Korps haben mehr, das ostpreussische, das badische und das 15. Korps weniger Maschinengewehr-Kompagnien erhalten. Die neuen Kompagnien können bei größeren Übungen an jene Regimenter verliehen werden, die keine Maschinengewehr-Kompagnien haben. Auf diese Weise kann wieder einmal das tollste Durcheinander eintreten, und das Ende vom Liede ist, daß für jedes Infanterie-Regiment eine Maschinengewehr-Kompagnie verlangt werden wird. Die vom Reichstag angenommene Militärvorlage ist nur der Vorläufer einer erheblich größeren. Sind erst die Wahlen vorbei, dann wird die Heeresverwaltung nicht damit zögern, dem Reichstag zu „beweisen“, daß die jetzige „Salbung“ unmöglich weiter bestehen bleiben dürfe, soll nicht die deutsche Armee in ihrer Schlagfertigkeit den schwersten Schaden erleiden. So zeitigt diese sonderbare Art der Ausfüllung von Lücken stets neue Forderungen an den Geldbeutel der Steuerzahler.

„Furor protestanticus“ und Erbschaftsteuer.

Die konservative christliche Zeitung erzählt, daß der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Eberling anlässlich des Kampfes um die Reichsfinanzreform dem konservativen Abgeordneten Dr. Scherer gedolcht habe, er werde den „Furor protestanticus“ entfesseln, falls die Konservativen die Erbschaftsteuer ablehnen. Die Kreuzzeitung, die dem betriebenen Direktor des evangelischen Bundes, Herrn Eberling, seit langer Zeit nicht gerade grün ist, greift diese Mitteilung auf und schreibt diesem Religionspolitiker folgendes ins Stammbuch:

„Diese Keuschung des Herrn Eberling zeigt von neuem, wie ungeeignet für die Stellung des Geschäftsführers des Evangelischen Bundes ein nationalliberaler Parteimann und Agitator ist. Wir sind gewiß gern bereit, die berechtigten Interessen des Bundes auch unersucht energisch wahrzunehmen. Seine Ausnützung aber für parteipolitische Zwecke werden wir mit allem Nachdruck zu bekämpfen wissen, und wir können hierfür sicherlich auf Unterstützung der zahlreichen im Evangelischen Bund vorhandenen konservativen Elemente rechnen.“

Wenn man sich erinnert, daß Herr Eberling erst nach schweren Kämpfen die Stelle eines Geschäftsführers des Evangelischen Bundes erringen konnte, dann darf man aus den Auslassungen der Kreuzzeitung herauslesen, daß die Konservativen alles versuchen werden, ihn bei nächster Gelegenheit abzusagen. Sein Reichstagsmandat steht außerdem auf sehr wackeligen Füßen, so daß es dieser Fierde der nationalliberalen Partei passieren kann, daß sie in aller nächster Zeit zwischen zwei Stühlen Platz nehmen kann.

Spiritusstatistik.

h. Wenn auch der Alkoholverbrauch zu Trinkzwecken dieses Jahr etwas stärker ist als im Vorjahr, darüber täuschen sich die eingeweihten Kreise nicht mehr, die früheren Höhen wird er nicht wieder erreichen. Die im vergangenen Jahre noch nachwirkende Vorverforgung ist jetzt ausgeglichen, die erste Hälfte des statistischen Spiritusjahres 1910/11 zeigt durchaus die normalen Verhältnisse.

Für die erste Hälfte des Jahres 1910/11, also Oktober bis mit März stellt sich die Produktion, der Trinkverbrauch und der gewerbliche Konsum wie folgt:

Erstes Halbjahr	in Hektolitern		
	Erzeugung	Trinkverbrauch	Gewerblicher Verbrauch
1910/1911	2 576 416	1 050 062	695 712
1909/1910	2 713 280	907 468	905 800
1908/1909	3 213 272	1 815 830	812 019
1907/1908	2 961 680	1 262 796	831 769

Vergleicht man die erste Hälfte des Jahres 1910/11 mit der des Jahres 1907/08 — damals bestand noch keine „Störung“ der Schnapsproduktion — so ergibt sich ein Rückgang in der Produktion von rund 415 000 Hektoliter reinem Alkohol. Wegen des Vorjahrs sind es diesmal bis jetzt bald